

## Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, PIRATEN, Beitritt: B'90Grüne  
DIE LINKE

TOP: 021 / 12.1

## Beschlussempfehlung

Drs.Nr.: VII/0389

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
28.02.2013	BVV	BVV/VII/016	überwiesen
07.03.2013	BüOrd	BüOrd/VII/013	vertagt
11.04.2013	BüOrd	BüOrd/VII/014	im Ausschuss abgelehnt
02.05.2013	BVV	BVV/VII/018	vertagt
30.05.2013	BVV	BVV/VII/019	überwiesen
06.06.2013	BüOrd	BüOrd/VII/015	vertagt
08.08.2013	BüOrd	BüOrd/VII/016	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
29.08.2013	BVV	BVV/VII/021	

### **Betr.: Weitergabe der Meldedaten - bessere Informationen über Opt-Out in Bürgerämtern**

In der Sitzung der BVV am 30.05.2013 wurde nachfolgende Drucksache zur Behandlung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den Ausschuss für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten überwiesen:

#### Drs. VII/0389

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen unter Einbindung des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten dafür einzusetzen, dass öffentlichkeitswirksamer als bisher über den derzeitigen rechtlichen Stand im Land Berlin zur Weitergabe der Meldedaten der Bürgerinnen und Bürger und die Veränderungen des Meldegesetzes, insbesondere zur Einzelauskunft durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, informiert wird und durch die Bürgerämter informiert werden kann.

Weiterhin wird dem Bezirksamt empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen für die Kostenübernahme der Informationserstellung und -bereitstellung zum geltenden Melderecht als auch zu den ab 2015 zu erwartenden Änderungen im Meldegesetz auf Landes- und Bezirksebene einzusetzen und dies bei den Haushaltsplanungen 2014/15 zu berücksichtigen.

Der Ausschuss für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten hat die Drucksache auf seiner Sitzung am 08.08.2013 abschließend beraten und empfiehlt der BVV einstimmig (12:0:0) die die Annahme des Antrages in der folgenden geänderten Fassung:

Das Bezirksamt wird ersucht, mit Hilfe des in den Bürgerämtern einzurichtenden "Warte-TV" über die Widerspruchsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bei der Weitergabe ihrer Meldedaten zu informieren.

Berichterstatter: BzV Herr Schubert

Berlin, den 08.08.2013

Vorsitzender des Ausschusses  
für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten  
André Schubert